

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 opbn d

Inhalt

Heinz Rapp MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, kündigt nach dem GATT-Gipfel mehr Aufmerksamkeit für die Handelspolitik an: Deutliche Absage an den Protektionismus.

Seite 1

Helmut Möhring MdB weist Geißler Wehrsteuer-Vorschlag zurück: Bei Sachverständigen längst vom Tisch.

Seite 2

Lothar Curdt MdB fordert eine gesamteuropäische Verkehrsinfrastruktur: Gemeinsame Lösungen anstreben.

Seite 3

Rolf Seebauer MdL zum neuen Gutachten des Sachverständigenrates: Neokonservative Patentrezepte helfen nicht.

Seite 5

Dokumentation (Teil II) SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel in der Evangelischen Akademie Tutzingen zur Deutschland- und Berlinpolitik: Noch keine Gewißheit über den künftigen Kurs.

Seite 6

37. Jahrgang / 227

30. November 1982

Deutliche Absage an den Protektionismus

Nach dem GATT-Gipfel noch mehr Aufmerksamkeit für Handelspolitik

Von Heinz Rapp MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Die GATT-Ministerkonferenz vom 24. bis 28. November in Genf hatte sich im Verlauf der Beratungen so angelassen, daß auch ein Scheitern des Treffens mit ins Kalkül gezogen werden mußte. Die Gefahr bestand, daß in Genf das Datum der Eröffnung des allgemeinen beggar jour neighbour, des handelspolitischen Kampfes aller gegen alle gesetzt worden wäre. Die Befürchtung, daß das politische Weltsystem einen allgemeinen Handelskrieg nicht auch noch ausgehalten hätte, ist wohl nicht allzu weit hergeholt.

So ist es also beachtlich, daß in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation, in der Handelsfreiheit oft auch sehr weh tut, die GATT-Ministerkonferenz doch noch mit einer Erklärung von 88 Regierungen abgeschlossen werden konnte, die eine deutliche und umfassende Absage an den Protektionismus und die klare Bekräftigung der GATT-Regeln beinhaltet.

Wir Sozialdemokraten begrüßen das. In der Einsicht, daß mit protektionistischen Mitteln Arbeitslosigkeit nicht bekämpft werden kann, daß sie sich auf diesem Wege vielmehr verhärtet, wissen wir uns auch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund einig.

Die schwierigsten Fragen sind in Genf freilich unbeantwortet geblieben; es wurden zahlreiche prozedurale Beschlüsse gefaßt und Prüfaufträge vergeben. Die Konkretisierung der Erklärungsinhalte steht also noch aus, mit allgemeinen Erklärungen ist es ja nicht getan.

Der Deutsche Bundestag sollte künftig handelspolitischen Fragen größere Aufmerksamkeit widmen als bisher - für die Beschäftigungsentwicklung steht da ganz außerordentlich viel auf dem Spiel. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird dafür Sorge tragen. (-/30.11.1982/ks/ca)

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Gadesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kostenlos Umwelt
mit dem Recycling-Papier
Recycling-Papier



Politisch sehr unklug

Geißlers Wehrsteuer ist bei Sachverständigen längst vom Tisch

Von Helmut Möhring MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Heinrich Geißler hat in der "Welt am Sonntag" wiedergekaut, was bei Sachverständigen eigentlich schon längst vom Tisch ist. Bevor ich mich jedoch dazu näher auslasse, in welcher Weise die Absicht von der großen Wende auch nun christdemokratische Grundhaltungen verändert haben, will ich zur erneuten Forderung von Wehrsteuer folgende Punkte auführen, die dagegen sprechen:

1. Wenn dies eine neue Steuerart sein soll, mit der Nichtdienende belegt werden, dann muß vorab erst einmal das Steuerrecht geändert werden, denn Steuern sind ja meist anteilig auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt. Wer bekommt eigentlich dann das Ergebnis dieser Steuern? Bekommen dies die Dienenden?
2. Geldleistungen im Zusammenhang mit dem Begriff "Wehrpflicht" können sehr leicht eine öffentliche Diskussion um den Begriff "Freikauf" auslösen.
3. Die Frage, wer belastet werden soll, muß sicher sehr korrekt definiert werden. Was geschieht zum Beispiel mit arbeitslosen Jugendlichen, die gerne zur Bundeswehr möchten, aber wegen der festgelegten Umfangszahl zur Zeit nicht dienen dürfen. Werden Sie dann durch eine Wehrsteuer zusätzlich bestraft?
4. Eine Verpflichtung zur Ausgleichszahlung muß in der Verfassung das Gegenstück des "Rechtes auf Dienen" finden. Dieses Recht ist jedoch bei den hohen Jahrgangsstärken eine Illusion.
5. Es gibt bis heute keine Kostenanalyse des dazu erforderlichen Verwaltungsaufwandes. Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, hat ein gewisser Herr Hitler einmal eine Wehrsteuer eingeführt, sie aber nach einem Jahr wieder abgeschafft, weil der Verwaltungsaufwand höher war als das Aufkommen an Geld. Muß künftig jeder Arbeitgeber zusätzlich auf der Steuerkarte vermerken wer gedient hat und wer nicht gedient hat?

In diesem Sinne äußerte sich 1968 CDU-MdB Adorno bei der Beratung "Wehrgerechtigkeits-Kommission"; so äußerte sich auch Staatssekretär von Hase für den damaligen Verteidigungsminister Dr. Schröder (CDU). So äußerte sich der damalige Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß (CSU) 1969 und die gleichen Bedenken erhob 1972 im Deutschen Bundestag der CDU-Abgeordnete Damm. Er machte mit dem Schlußsatz "Es ist kaum anzunehmen, daß die Ausgleichsdebatte wieder ernsthaft in die Debatte eingebracht wird" die großen Bedenken der CDU/CSU zu diesem schwierigen Thema deutlich. Deshalb ist auch Herr Geißler schlecht beraten, wenn er um einer, wie ich meine, reiner Effekthascherei willen dieses Thema vor dem 6. März in die Diskussion bringen und möglichst noch durchpeitschen will ähnlich wie die Veränderung der Reform des Zivildienstes.

Interessant wäre es, ob Herr Möllemann, der ja jetzt als Staatsminister in dieser Regierung Dienst tut, voll hinter ihm steht. Denn der hat zwar auch die Forderung erhoben aber aufmodifiziert. Jedenfalls sollte dieses Thema nicht ein Thema sein, mit dem man spielt. Die Sozialdemokraten haben, wenn überhaupt die Frage der Ausgleichszahlung diskutiert werden sollte, sich stets dafür entschieden, darüber nachzudenken wie Gediente steuerlich in den Folgejahren entlastet werden können.

Ob dieses bei den gegenwärtig sinkenden allgemeinen Steuereinnahmen und der dadurch zu erwartenden erheblichen Steuerausfälle noch so möglich ist, ist mehr als fragwürdig. Deshalb ist die Diskussion um solche Lösungsmöglichkeiten im Bereich der Wehrgerechtigkeit politisch sehr unklug.

(-/30.11.1982/ks/ca)

+ + +



Gemeinsame Lösung anstreben!

Zur Frage der Schaffung einer gesamteuropäischen Verkehrsinfrastruktur

Von Lothar Curdt MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Verkehrsausschusses

Wachsende internationale Verflechtungen im Verkehr, die Zunahme des Warenaustausches in Europa und steigende finanzielle Belastungen der Staaten für den Ausbau und die Unterhaltung ihrer Verkehrsinfrastruktur üben einen ständig größer werdenden Druck aus, möglichst bald zu einer europäischen Lösung zu kommen. Straßenverkehrssteuer in Österreich oder Ferienreiseverkehr in der Bundesrepublik und in den benachbarten Ländern: Jeder Bundesbürger spürt am eigenen Leibe, daß es hier noch keine zufriedenstellende Regelung gibt. Je tiefer ein Land im Zentrum der internationalen Verkehrsströme liegt, desto drückender wird das Problem der Belastung seiner Verkehrsinfrastruktur durch den Transit- und grenzüberschreitenden Verkehr. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein dicht bevölkertes, hoch motorisiertes Land und wegen ihrer geographischen Lage mit starken internationalen Verkehrsströmen belastet. Bei steigender Tendenz fahren beispielsweise zur Zeit im Jahr über 3,5 Millionen fremde Lkw in die Bundesrepublik ein oder benutzen sie im Transit. Das sind mehr als 13.000 Einzelfahrten im arbeitstäglichen Durchschnitt. Hinzu kommen noch jährlich rund 800.000 Omnibusse und über 60 Millionen im Ausland zugelassene Pkw.

Obwohl ein gut ausgebautes Straßennetz zur Verfügung steht, führt dies zusammen mit dem eigenen hohen Bestand an Kraftfahrzeugen zu bestimmten Tages- und Jahreszeiten, vor allem an den wichtigen Verkehrsknoten, zu starken Stauungen und oft sogar zum Zusammenbruch des gesamten Verkehrsflusses. In Österreich und in der Schweiz fragt man sich, ob der weitere Ausbau von Autostraßen, ganz abgesehen von den steigenden Kosten, überhaupt noch das richtige Mittel ist, das Verkehrssystem im Ganzen zu verbessern. Der Ausbau beziehungsweise Neubau von Transitverkehrsverbindungen würde insbesondere im Alpenraum außergewöhnlich hohe finanzielle Aufwendungen erfordern.

Wenn weitere nationale Alleingänge und Lösungsversuche, die dem Beispiel Österreichs und, wie zu befürchten ist, der Schweiz folgen, abgewendet werden sollen, dann kann nur eine europäische Lösung der Kostenübernahme bei wichtigen Verkehrsproblemen helfen. Eine europäische Regelung sollte das gesamte Verkehrssystem unter Einbeziehung aller Verkehrsträger erfassen und darf nicht allein auf den Straßenverkehr zugeschnitten werden. Für die Abschätzung der zukünftigen europäischen Verkehrsbedürfnisse werden abgestimmte Prognosen und einheitliche Kriterien benötigt. Die Erkennt-



nis in diese Notwendigkeit ist auch der EG nicht neu. Bereits im September 1974 hat das Europäische Parlament in einer grundlegenden EntschlieÙung zu einer Mitteilung der Kommission Stellung genommen und als vorrangiges Ziel eine zusammenhängende Politik für Eisenbahn, Straßenverkehr und Binnenschifffahrt, in einer weiteren Studie aber auch für die Luftfahrt und die Seeschifffahrt, gefordert. Einer der Schwerpunkte der EntschlieÙung ist der Ausbau der Verkehrswege als einheitliches Netz mit ausreichender Verkehrsinfrastruktur für alle Gebiete der Europäischen Gemeinschaften. Initiativen sollten sich zunächst auf eine Beseitigung der Engpässe im europäischen Wegenetz konzentrieren. Der EG-Ministerrat hat schon 1978 die Einsetzung eines EG-Ausschusses für Verkehrsinfrastruktur beschlossen. Es gibt, inzwischen vorliegende Erkenntnisse darüber

- wo sich Engpässe im europäischen Wegenetz ergeben,
- wie beispielsweise für das Jahr 1990 die Verkehrsbelastung auf den wichtigsten europäischen Wegeverbindungen aussieht,
- wie die Belegung mit Steuern und Abgaben bei den einzelnen Verkehrsträgern in den verschiedenen Ländern aussieht,

allen Beteiligten - auch außerhalb der EG - wieder in das Bewußtsein zu rücken. So nützlich und wichtig auch bilaterale Versuche einer Problemlösung sein mögen: Als wichtigstes Transitland muß die Bundesrepublik Deutschland darauf bestehen, daß auch die anderen europäischen Länder sich an der gemeinsamen Planung, Finanzierung und Realisierung einer europäischen Infrastruktur beteiligen.

Die Empfehlung der EG-Kommission, eine Finanzhilfe für Arbeiten zur Modernisierung von Eisenbahnstrecken oder Bahnhöfen im Alpenraum zu gewähren, darf als ein hoffnungsvoller erster Schritt auf dem richtigen Wege gewertet werden.

(-/ 30.11.1982/hi/ca)

+ + +



Neokonservative "Patentrezepte" helfen nicht

Kohl sollte das neue Gutachten des Sachverständigenrats beachten

Von Dr. Rolf Seebauer MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Wie in jedem Jahr schließt auch diesmal das Gutachten der "Fünf Wirtschaftsweisen" die Reihe der Prognosen für das kommende Jahr ab. Dabei sind an dem neuen Gutachten des Sachverständigenrats vor allem fünf Dinge bemerkenswert:

- o Der Rat betont erneut die weltwirtschaftliche Einbindung der Bundesrepublik, die vorwiegend für unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich ist. Dabei sind die wichtigsten Faktoren die drastischen Energie- und Rohstoffverteuerungen in den letzten Jahren, die Abschwächung des Welthandels und das international hohe Zinsniveau.
- o Die "Fünf Weisen" erwarten, daß im kommenden Jahr eine Schwachstelle in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage der private Verbrauch sein wird, der voraussichtlich real um ein weiteres Prozent sinken wird. Schon von daher ist die Forderung nach einer Lohnpause, wie von Arbeitsminister Blüm erhoben, unsinnig, weil dies die Binnenkaufkraft noch weiter schwächen würde. Der Rat wendet sich deshalb ausdrücklich gegen diesen Vorschlag.
- o Sorge bereiten den "Fünf Weisen" die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit und in diesem Zusammenhang das unzureichende Lehrstellenangebot, das erstmals seit 1978 eine Lücke von 2,6 Prozent aufweise. Insbesondere hätten sich die Beschäftigungschancen für Jugendliche ohne Ausbildung weiter verringert, aber auch ausgebildete junge Leute seien immer häufiger gezwungen, einen Arbeitsplatz anzunehmen, der nicht ihrer Qualifikation entspreche. Die frühzeitigen Warnungen der SPD vor einer solchen Entwicklung sind damit - leider - bestätigt worden.
- o Der Sachverständigenrat kritisierte vielmehr die von der neuen Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen als unzureichend für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung. Neben der Mehrwertsteuererhöhung und der bürokratischen Zwangsanleihe werden damit die Änderungen im Wohnungsbau angesprochen.
- o Wie schon in den vergangenen Gutachten wird erneut die Verbesserung der Angebotsbedingungen von den "Fünf Weisen" gefordert, wobei allerdings gleichzeitig der Sachverständigenrat klarstellt, daß darüber nicht die Nachfrageseite vernachlässigt werden darf. Bei ihren angebotspolitischen Vorstellungen distanzieren sich die fünf Wirtschaftsprofessoren eindeutig von einer neokonservativen Strategie, wie sie in Amerika betrieben wird, die über drastische Ausgabenkürzungen und gleichzeitig massive Steuerenkungen die Wirtschaft beleben will. Ein solches Konzept ebenso wie eine rein monetaristische Politik à la Thatcher gehört nicht zu den Vorstellungen des Sachverständigenrats.

Die neue Bundesregierung in Bonn sollte dies berücksichtigen, bevor sie in ihrer Wirtschaftspolitik den konservativen Vorbildern in den angelsächsischen Nachbarstaaten nach eifert, wie dies in der Oppositionszeit der Unionsparteien oft angekündigt worden war.

Es gibt in der gegenwärtigen Lage keine "Patentrezepte", die über eine einseitige Politik - ob auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite - aus der Krise herausführen können. Wirtschaftspolitisch vernünftig, aber auch gesellschaftspolitisch vertretbar erweist sich nur eine gemischte Strategie, die sowohl auf die Verbesserungen der Angebotsbedingungen Rücksicht nimmt als auch die nötigen Nachfrageimpulse vor allem über öffentliche Infrastrukturinvestitionen schafft. Der gegenwärtig zu beobachtende Strukturwandel kann nicht nur in einem Gesundshrumpfen überflüssiger Kapazitäten bestehen, wie es von vielen Unternehmern mißverstanden wird, sondern muß gleichzeitig durch Investitionen in sparsame Energiestrukturen, innovative Produktionsverfahren und neue Produkte die Grundlage für einen allmählichen Wirtschaftsaufschwung legen. Dazu muß die staatliche Wirtschaftspolitik die entscheidenden Anstöße geben.

(-/30.11.1982/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N (Teil II und Schluß)

Zu aktuellen Fragen der Deutschland- und Berlin-Politik führt der Kanzlerkandidat der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzingen am Wochenende folgendes unter anderem aus:

Noch keine Gewißheit über den künftigen Kurs

Ein weiteres wichtiges Ziel unserer Deutschlandpolitik muß es sein, die Gefühls-, Sprach-, Kultur- und Geschichtsgemeinschaft aller Deutschen zu beleben und zu stärken, wo und wie immer das möglich ist. Dabei dürfen die Einzelschicksale nicht unbeachtet bleiben. Wo Menschen unter der Teilung Deutschlands und ihren Begleitumständen besonders zu leiden haben, sind auch besondere Bemühungen um Abhilfe geboten. Sie gehören in das weite Feld des politischen Einsatzes für menschliche Erleichterungen. Der ständige Widerspruch gegen die Grenzanlagen und den Schießbefehl gehört auch in diesen Zusammenhang. Erfolg kann eine solche Politik nur haben, wenn sie nicht an der Regierung der DDR vorbei betrieben wird, sondern sie einbezieht. Deshalb war es richtig und notwendig, die DDR als zweiten deutschen Staat anzuerkennen und mit ihr Verhandlungsergebnisse zustandezubringen. Wer geglaubt hat, diese Anerkennung verfestige den status quo der Teilung und Abtrennung, ist durch die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen und durch die Neubelebung des Zusammengehörigkeitsgefühls längst eines besseren belehrt worden. Normale geregelte Beziehungen zu demokratischen Staaten haben übrigens der DDR-Führung nicht nur Vorteile, sondern auch die Last notwendiger Rücksichtnahmen und kritischer Fragen und Forderungen gebracht. Wer gleichberechtigter Staat unter modernen Staaten in Europa sein will, wer in Helsinki die KSZE-Schlußakte mit der Verpflichtung auf Menschenrechte und Informationsfreiheit unterzeichnet, muß es sich eben gefallen lassen, wenn andere die Erfüllung dieser Pflichten öffentlich anmahnen und ihre Verletzung rügen. Und ein weiteres Beispiel: Weil die DDR vertraglich gehalten ist, Rücksicht auf die engen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin zu nehmen, muß sie bei ihrer Abgrenzungspolitik Schranken beachten, die sonst nicht bestehen würden.

Es liegt in der Logik dieser Politik, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht mit zusätzlichen Spannungen zu belasten. Das ist kein Plädoyer für eine deutsche Sonderrolle und schon gar nicht für eine Lockerung der westlichen Bündnissolidarität. Nichts von dem, was wir in den innerdeutschen Beziehungen und für Berlin erreicht haben, wäre ohne das Verständnis und die aktive Unterstützung der Schutzmächte möglich gewesen. Alles, was wir erreicht haben, ist auch ihrem Willen zur Zusammenarbeit und Entspannung zu danken. Um ihrer eigenen Sicherheit willen und um Berlins willen muß die Bundesrepublik Deutschland ein zuverlässiger Partner des westlichen Bündnisses bleiben und sich für ihre Ostpolitik die Zustimmung der drei Westmächte sichern. Erst recht gibt es keinen deutschen Sonderweg aus den Blöcken heraus und in die Neutralität hinein. Das wäre gleichbedeutend mit der Auflösung der Blöcke und der Destabilisierung in Europa. Beide Weltmächte und natürlich auch unsere Nachbarn in Ost und West würden ein solches Risiko nicht eingehen, wir selbst müßten es fürchten.

Nein, nicht abseits der Bündnisse, sondern innerhalb ihres jeweiligen Bündnisses sollten beide deutsche Staaten auf Mäßigung in den Auseinandersetzungen, auf die Vermeidung und den Abbau von Spannungen hinwirken. Sie haben das auch im Interesse ihrer Verbündeten, und um Friedens in der Welt willen, zu tun. Darum gerade ging es, als Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatsratsvorsitzender Erich Honecker am Werbellinsee im Dezember 1981 in wörtlicher Übereinstimmung ihrer Überzeugung bekräftigten, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Und auch Bundespräsident Carstens hat kürzlich in seinem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden in Moskau die besondere Verantwortung der beiden deutschen Staaten im Zentrum Europas für die Festigung des Friedens betont.

Wir wissen, und unsere Gesprächspartner aus der DDR sagen es uns immer wieder, wie positiv die wirtschaftliche Zusammenarbeit sich auf den Lebensstandard der Menschen in der DDR ausgewirkt hat. Richard von Weizsäcker hat mehrfach auf diesen Zusammenhang hingewiesen und vor einer rein buchhalterischen Betrachtung von Leistung und Gegenleistung, der die jüngsten Äußerungen von Rainer Barzel bedenklich nahekommen, gewarnt. Ich stimme ihm darin zu und ich teile auch seine Skepsis gegenüber wirtschaftlichen Sanktionen. Vor dem Bundestag hat er am 9. September 1982 im Rahmen der Debatte über die Lage der Nation zutreffend ausgeführt, niemand werde die Sowjetunion mit einem Embargo in die Knie zwingen.



Ökonomischer Druck von außen lasse für sich allein die Repression im Innern eher wachsen, als sie zu verkleinern. Das gilt auch im Verhältnis zwischen der DDR und uns.

Was kann konkret getan werden?
Die Liste der Themen ist lang.

Sie muß mit der Forderung nach der Rücknahme der Erhöhungen und Ausweitung des Mindestumtausches beginnen. Das ist eine Maßnahme der Abgrenzung, die alle westlichen Besucher und ihre Gastgeber, besonders aber die Berliner in beiden Teilen der Stadt trifft, sie mit Abgrenzungsmaßnahmen von unserer Seite zu beantworten, macht keinen Sinn. Beharrlichkeit, geduldige Bemühung hat schon einmal, nämlich 1974, zum Erfolg geführt. Dessen unbeschadet kann ich nur jedermann ermutigen, so oft wie nur möglich in die DDR zu reisen. Eigentlich müßten wir uns schämen, daß wir uns trotz der bestehenden Reisemöglichkeiten in die DDR im Ausland, in westeuropäischen Großstädten und Urlaubsgebieten im allgemeinen weit besser auskennen, als in Dresden, in Leipzig, in Rostock, im Thüringer Wald, im Spreewald, im Oderbruch oder auf Rügen. Mir selbst ist dieses Defizit erst nach meiner Übersiedlung nach Berlin so recht bewußt geworden und mit wachsender Freude trage ich es seitdem durch häufigere Reise in die DDR ab.

Begegnungen und Gespräche sollten sich nicht auf touristische und Besuchsreisen beschränken. Auch die Kontakte zwischen Vereinen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, besonders im Sport, sollten ausgeweitet werden. Politiker aller Ebenen sollten sich über die bisher schon unternommenen Informationsreisen hinaus um angemessene Gesprächspartner bemühen. Die Parteien der Bundesrepublik könnten - bei aller Unvergleichbarkeit - mit den entsprechenden Blockparteien der DDR Verbindung aufnehmen. Die FDP hat damit in diesem Jahr durch die Entsendung von Beobachtern zum Parteitag der LDPD in Weimar begonnen.

Neben allen diesen Kontakten wird es weiterhin notwendig sein, sich um die Lösung besonders schwerwiegender Probleme auch auf vertraulichem Wege zu bemühen. Was dabei bisher geleistet worden ist, hat eine große Zahl von Menschen aus harten persönlichen Belastungen und oft auch aus bitterem Leid befreit. Die Konfrontationspublizistik, die sich bei uns solcher Schicksale gelegentlich annimmt, wird angesichts des Regierungswechsels und der erklärten Absicht der neuen Regierung, die bisherige Praxis fortzusetzen, künftig vielleicht zurückhaltender agieren als bisher. Für die betroffenen Menschen wäre das ein Gewinn. Denn nicht aggressive Öffentlichkeitsarbeit, sondern letztlich stets das geduldige Verhandeln der Rechtsanwälte und Diplomaten hat den Erfolg gebracht.

In den laufenden und auch in neuen Verhandlungen mit der DDR muß weiterhin unablässig und geduldig nach Möglichkeiten gesucht werden, den Bestand an vereinbarten Ergebnissen auszuweiten. Dem Umweltschutz wird dabei in den nächsten Jahren in den Verhandlungen mit der DDR besondere Bedeutung zukommen. Auch in der DDR erkennt man mehr und mehr die gemeinsamen Interessen an der Erhaltung oder Wiederherstellung einer intakten Umwelt. Umweltschädigungen machen eben an Grenzen nicht halt. Die im September erreichte Einigung mit der DDR über Maßnahmen zum Schutz der Berliner Gewässer ist ein wichtiger Schritt auf diesem Verhandlungswege. Andere, zum Beispiel zur Verminderung der Salzfracht der Werra und zum Abbau der Elbeverschmutzung, müssen folgen. Als weitere Verhandlungsgegenstände kommen die Elektrifizierung einer Bahnverbindung zwischen Berlin und West-Deutschland und die S-Bahn-Problematik in Betracht. Auch ein wirtschaftliches Rahmenabkommen könnte im beiderseitigen Interesse liegen.

Natürlich gibt es Vorschläge und Forderungen auch in umgekehrte Richtung. Einige von ihnen sind schlechterdings unerfüllbar. So hat die rechtliche Stellung der Ständigen



Vertretung beider Staaten ihre Gestalt im Grundvertrag und seinen Begleittexten nicht zufällig bekommen. Die Bundesrepublik wird an diesem Verhandlungsergebnis aus politischen wie aus rechtlichen Gründen festhalten müssen.

In der Frage der Staatsbürgerschaft wird es nur um die Klarstellung der bei uns geltenden Praxis und unseres Rechts, nicht aber um Rechtsänderungen gehen können. Die beiden deutschen Staaten respektieren sich gegenseitig. Jeder regelt seine inneren Angelegenheiten selbst. Dazu gehört, daß sich Status, Rechte und Pflichten der Deutschen nach dem jeweiligen Recht ihres Staates bestimmen. Die Rechte und Pflichten aus der vom Grundgesetz vorgegebenen deutschen Staatsangehörigkeit, an der wir festhalten, zwingen wir niemanden auf. Nur der DDR-Bürger, der zu uns kommt und das will, kann alle Rechte und Pflichten aus der Staatsangehörigkeit in Anspruch nehmen. Rechte der DDR werden dadurch nicht verletzt. Und daß wir ihr aus politischen Gründen entgegenkommen und die Abweisung oder gar Rücküberstellung der Deutschen zusagen, die die DDR ohne Erlaubnis verlassen haben, das sollte man im Ernst nicht von uns erwarten.

Ob über den Verlauf der Grenze in der Elbe zwischen Lauenburg und Schnakenburg nicht doch eine einvernehmliche Feststellung getroffen werden kann, ist hingegen eine nochmalige eingehende Untersuchung wert. Die Praxis ist zwar über den rechtlichen Streit seit Jahrzehnten hinweggegangen aber noch immer mit Unsicherheiten belastet, die leicht einmal zu einem tatsächlichen Konflikt führen können. Wer meint, die Grenze sei nicht feststellbar, müßte davon ausgehen, daß die Siegermächte 1944 und 1945 eine erschöpfende Grenzbestimmung unterlassen haben. Gerade dazu haben sie doch Vereinbarungen getroffen.

So wird denn auch künftig die Politik der kleinen Schritte statt der großen Worte den Umgang beider deutscher Staaten miteinander bestimmen. Dazu gehört, daß wir nicht nur das uns fremde und unseren Vorstellungen zuwiderlaufende System der DDR und seine Funktionäre, daß wir nicht nur die Mauer, die Grenzanlagen und ihre Bewacher sehen, sondern auch die Menschen. Die Thüringer, die Mecklenburger, die Brandenburger, die Sachsen etwa, die unter schwierigsten Bedingungen Leistungen erbracht haben, über die gönnerhaft zu urteilen uns keineswegs ansteht. (-/30.11.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

